Vierteljahreszeitschrift | 5. Jahrgang | D 22350

journal
FÜR POLITISCHE BILDUNG

2
2015

Streitfall Überwachung

Big Brother – reloaded?

Digitale Kontrolle, digitale Mündigkeit

Big Data – Überwachung und Selbstpreisgabe

Bürgerrechte und Bildungsarbeit

WOCHEN SCHAU VERLAG

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

JOURNAL
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Streitfall Überwachung

Big Brother – reloaded?

Digitale Kontrolle, digitale Mündigkeit

Big Data – Überwachung und Selbstpreisgabe

Bürgerrechte und Bildungsarbeit

Herausgegeben
vom Bundesausschuss Politische Bildung
und Wochenschau Verlag

WOCHEN SCHAU VERLAG

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von kursiv und Praxis Politische Bildung) vom Bundesausschuss Politische Bildung, vertreten durch Klaus Waldmann (Vorsitzender), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus.

Redaktionsleitung: Felix Münch, Brandgasse 10, 35390 Gießen, Tel.: 0641/4983934, journal@wochenschau-verlag.de

Jugendbildung: Prof. Dr. Benno Hafeneger lehrt an der Philipps-Universität Marburg zu „Jugend und außerschulischer Jugendbildung" (Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Str. 6b/II, 35032 Marburg, Tel.: 06421/2825173, Fax: 06421/2828946, benno.hafeneger@staff.uni-marburg.de)

Non-formale Bildung: Benedikt Widmaier M.A., Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim (Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Ernst-Ludwig-Str. 19, 64646 Heppenheim, b.widmaier@haus-am-maiberg.de)

Erwachsenenbildung: Dr. Christine Zeuner, Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel.: 040/6541-2796, Fax: 040/6541-2546, zeuner@hsu-hh.de)

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht hat bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie können zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, Vertriebsleitung: Gesa Fallenstein, Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Einzelheftpreis 18,00 Euro; im Abonnement 14,95 Euro; Jahresabonnement 59,80 Euro; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Die Kündigungsfrist für das Abonnement beträgt acht Wochen zum Jahresende (31.10.). Bankverbindung: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, 69469 Weinheim, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599, brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Anschriftenänderung: Um die pünktliche Lieferung sicherzustellen, bitte Anschriftenänderungen rechtzeitig (mit Angabe der alten Adresse) dem Verlag mitteilen.

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden

© WOCHENSCHAU VERLAG, Schwalbach/Ts., Dr. Kurt Debus GmbH

ISSN 2191-8244 | www.journal.wochenschau-verlag.de | journal@wochenschau-verlag.de | www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politische Bildung.de

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

INHALT

Editorial 5

SchwerPunkt **STREITFALL ÜBERWACHUNG** 7

Alexander Filipović
Der überwachte Mensch
Politisch-philosophische Reflexionen zu Big Data 8

Rolf Gössner
Staatliche Überwachung
Auswirkungen auf Bürgerrechte und Demokratie,
Konsequenzen für politische Kampagnen und Bildungsarbeit 16

Thilo Weichert
Digitale Kontrolle – auch ein Bildungsproblem 26

Ole Jantschek
Digitale Mündigkeit
Informationelle Selbstbestimmung als Ziel und Thema
politischer Jugendbildung. 32

Gernot Meier
Überwachung und Selbstpreisgabe
Ein Projekt zur digitalen Selbstverteidigung 40

QuerDenken Hanne Wurzel, Martin Langebach, Gereon Flümann,
Cornelius Strobel
NSU und politische Bildung 50

Uwe Findeisen
Ausländerfeindlichkeit – ein Hass, der über Grenzen geht
Anmerkungen zur pädagogischen Auseinandersetzung 57

Mario Förster
Aktionsplan Demokratiebildung in Thüringen 67

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

ÜberGrenzen Jochen Butt-Pośnik
Amplify participation
Impulse für die Weiterentwicklung politischer Bildung aus einem multilateralen Kooperationsprojekt **72**

VorGänge **77**
Bürgerrechtler gegen Überwachung / Kafka in Vlotho / Stärkung der internationalen Jugendarbeit / Neu: Aus politische bildung wird Politikum / „Neues Landesprogramm" gegen Extremismus in Hessen

LeseZeichen **85**
Grenzkonflikte aufklären und austragen / Wertschätzende Bildung / Überwachen und Manipulieren / Junge Muslime, Integration, Partizipation

AugenMerk **96**
Konferenz: Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? / KAS: Bildung im digitalisierten 21. Jahrhundert / ET: Halbjahresprogramm / Surveillance Studies in Deutschland / Personen & Organisationen / Veranstaltungen / Aktionstage 2015

Weitere Heftplanung

Journal für politische Bildung

Heft 3/15 **Erinnerungskultur in Europa**
Redaktionsschluss: 8. Mai 2015

Heft 4/15 **Unzufriedene Demokraten – radikalisierte Überzeugungen**
Redaktionsschluss: 14. August 2015

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Wie weit darf Sicherheit auf Kosten der Freiheit gehen? Dieser Widerstreit, der unsere Gesellschaft sowie die politische Bildung seit vielen Jahren beschäftigt, dreht sich letzten Endes darum, wie wir beides miteinander in Einklang bringen können. Nicht erst seit den Enthüllungen Edward Snowdens ist bekannt, dass unsere Freiheit im digitalen Zeitalter massiv angegriffen wird. Die Formulierung „aus Sicherheitsgründen" ist zu einem staatstragenden Autoritätsargument geworden, das jede Diskussion abwürgt und Maßnahmen durchzusetzen erlaubt, die sonst nicht akzeptiert würden. Der italienische Philosoph Giorgio Agamben bemerkte im Kontext staatlicher Sicherheitspolitik unlängst: „In gewisser Hinsicht sind die heute geltenden Sicherheitsgesetze in den europäischen Ländern deutlich strenger als in den faschistischen Regimen des 20. Jahrhunderts".

Neben Facetten staatlicher Überwachung nimmt die vorliegende Ausgabe des Journals auch die Erfassung unserer Privatheit für wirtschaftliche Zwecke in den Blick. George Orwells düsterer Zukunftsroman „1984" wurde zur Chiffre für den Überwachungsstaat, und mittlerweile kann man sich das Orwellsche Überwachungsgerät „Televisor" freiwillig ins Wohnzimmer holen: Im Februar 2015 warnte ein südkoreanischer Hersteller von Fernsehgeräten vor den Eigenschaften des eigenen Produkts. „Wenn Sie die Spracherkennung aktivieren", so das Unternehmen, „können Sie mithilfe Ihrer Stimme mit Ihrem Smart-TV interagieren. Bitte beachten Sie, dass sämtliche gesprochenen Worte, auch persönliche oder sensible Informationen, bei Ihrer Nutzung der Spracherkennung erhoben und an einen Drittanbieter übertragen werden."

Womit die Brücke zum dritten Schwerpunkt des Heftes geschlagen wäre, nämlich der bewussten Preisgabe sensibler persönlicher Daten, etwa über Facebook, Self-Monitoring und eben Smart-TVs: Wir sind Komplizen unserer Überwachung. Doch die Daten, die bewusst geteilt werden, sind nur die Spitze des Eisbergs. Die mittel- und langfristige Gefahr droht dort, wo Metadaten erfasst, Nutzungsverhalten gespeichert und Informationen in nicht nachvollziehbarer Weise zu Profilen für Überwachungsmaßnahmen aggregiert werden. Der digitalen Herausforderung unseres noch weitgehend analog verfassten, demokratischen Gemeinwesens zu begegnen stellt sicherlich eine der großen Aufgaben politischer Bildung in den kommenden Jahren dar.

Die vorliegende Ausgabe des Journals widmet sich eben diesen Diskussionsfeldern aus dem Blickwinkel von Theorie und Praxis der politischen Bildung. Einleitend behandelt Prof. Dr. Alexander Filipović (Hochschule für Philosophie München) in einem Grundsatzbeitrag die philosophische Frage nach dem überwachten Menschen in digitalen Zeiten. Im folgenden Beitrag fordert Dr. Rolf Gössner (Bremen), Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, eine breite gesellschaftspolitische Debatte über Transparenz, Kontrolle und Grenzen staatlicher Überwachung in der Demokratie. Dr. Thilo Weichert (Kiel) thematisiert anschließend digitale Kontrolle als Bildungsproblem. Medienkompetenz alleine reiche nicht aus, so der Autor, um die dringend notwendige kollektive Verteidigung digitaler Grundrechte zu gewährleisten.

Der praktischen Umsetzung bildungspolitischer Implikationen des Themas nimmt sich der darauf

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

folgende SchwerPunkt-Beitrag von Dr. Gernot Meier (Evangelische Akademie Baden) an, der von einer Projektreihe zur „digitalen Selbstverteidigung" berichtet und anhand der Ergebnisse theologische Positionen zu Überwachung und Selbstpreisgabe formuliert. Dem folgt eine weitere Praxisreflexion. Ole Jantschek (Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung) richtet den Blick auf informationelle Selbstbestimmung als Ziel und Thema politischer Jugendbildung in Zeiten von Big Data.

In der Rubrik QuerDenken fordern Hanne Wurzel, Martin Langebach, Dr. Gereon Flümann und Cornelius Strobel (Bundeszentrale für politische Bildung) Konsequenzen aus dem „NSU-Komplex" für die politische Bildung und plädieren für eine auf „Konstruktivität basierende Fehlerkultur" in der Bildungsarbeit gegen Rechts. Uwe Findeisen (Dortmund) nimmt anschließend das Phänomen PEGIDA in den Blick und gibt Anregungen für eine „politökonomische Alphabetisierung" gegen Ausländerfeindlichkeit. Wie die vom NSU angegriffene Demokratie durch Bildung gestärkt werden kann zeigt Mario Förster (Friedrich-Schiller-Universität Jena) in seinem Bericht über den Aktionsplan Demokratiebildung in Thüringen.
Bei ÜberGrenzen stellt Jochen Butt-Pośnik (Jugend für Europa) anhand eines europäischen Peer-Learning-Projekts Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Jugendbeteiligung in Europa vor.

Die folgenden Rubriken enthalten Nachrichten, Kommentare, Rezensionen und Materialien zur Bildungsszene. Unter VorGänge wird insbesondere das Ende des AKE-Bildungswerks in Vlotho thematisiert.

Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom Journal als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u.a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Die Journal-Redaktion

Benno Hafeneger, Felix Münch (verantwortlich), Benedikt Widmaier, Christine Zeuner

Kontakt: journal@wochenschau-verlag.de

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

*Schwer*Punkt

© atScene - Fotolia

Streitfall Überwachung

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Der überwachte Mensch

Politisch-philosophische Reflexionen zu Big Data

ALEXANDER FILIPOVIĆ

Prof. Dr. Alexander Filipović ist Inhaber des Lehrstuhls für Medienethik an der Hochschule für Philosophie in München. Der Ethiker, Theologe und Kommunikationswissenschaftler beschäftigt sich unter anderem mit der Ethik des Journalismus, der Fernsehunterhaltung und der Digitalisierung.

Die allumfängliche Überwachung durch Staaten hat viele politische Implikationen. Möglichkeiten staatlicher Überwachung und Kontrolle vervielfältigen sich, Staaten spähen Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten aus, stellen sich gegenseitig diese Daten zur Verfügung und die Staatsbürger/-innen nehmen dies hin und quittieren es mit einem weiteren Rückzug aus politischen Beteiligungsformen. Diese Überwachungsmöglichkeiten der Staaten stehen im Kontext der Digitalisierung unseres Alltags, dem Zugriff auf diese Daten und der Auswertung dieser riesigen Datenmengen für spezifische Zwecke. Big Data ist in diesem Zusammenhang das Schlagwort der Stunde.

Vorliegender Beitrag widmet sich dem Thema Überwachung auf einer allgemeinen Ebene. Er stellt die philosophische Frage nach dem überwachten Menschen in digitalen Zeiten – also in Zeiten, in denen unser Verhalten und Kommunizieren aufgezeichnet, gespeichert und ausgewertet wird. Die Frage nach dem Menschen ist dabei moralisch motiviert: der Text fragt nicht einfach wie es ist, sondern kritisch wie es sein soll. Mit anderen Worten lautet die Frage: Entsprechen zeitgenössische Überwachungsformen und -praktiken unseren Vorstellungen eines guten und gerechten Lebens?

Am Anfang des Gedankengangs steht der Begriff der Überwachung. Überwachungspraktiken sind ambivalent, vielgestaltig und nicht leicht zu beurteilen. Die Autonomie der Überwachten bleibt das normative Kriterium. Im zweiten Schritt stelle ich die digitalisierte Gesellschaft als Überwachungsgesellschaft vor. Drittens ergänzt das Stichwort Big Data die kritische Beschreibung der Strukturen, die uns überwachte Menschen umfangen: der überwachte Mensch ist heute der vorhergesagte Mensch. Der vierte Teil thematisiert das Verhältnis von Überwachern und Überwachten und stellt fest, dass Überwachung nicht als Handlung bestimmter Akteure, sondern als soziales Dispositiv rekonstruiert werden muss. Schließlich dreht sich der fünfte Abschnitt um die Möglichkeiten der Autonomie in Überwachungsgesellschaften, die vornehmlich politisch geschaffen werden müssen.

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Gute und schlechte Überwachung?

Man kann einen Kochvorgang oder eine Maschine überwachen und empfindet dies als moralisch ziemlich problemlos. Das Beobachten, Beaufsichtigen und Überprüfen gehört zum semantischen Feld der Überwachung, berührt aber in Bezug auf Sachen nicht unser Thema. Auch das Beaufsichtigen von Kindern, wenn es ihrem Wohl dient, ist nicht falsch, obwohl hier das Element des Kontrollierens und Beeinflussens von Menschen schon aufscheint. Spätestens dort, wo ich erwachsene Subjekte beobachte, diesen Vorgang selbst oder meine Interessen in dieser Hinsicht verschleiere oder damit einen Machtgewinn oder die Gewaltausübung gegenüber dem Individuum intendiere oder ermögliche, wird es moralisch fragwürdig. Endscheidend ist der Begriff der Autonomie bzw. der Handlungsfreiheit. Verstößt ein Überwachungsvorgang gegen die Autonomie von Individuen oder schränkt sie Handlungsfreiheit unerlaubt ein, wird Überwachung in moralischem Sinne problematisch. Mit einer solchen Überwachung übergehe ich das reflektierte Selbstinteresse eines Individuums, schränke seine Freiheit ein und handele an ihm ohne sein Einverständnis. Ich gebrauche ihn dann bloß als Mittel, als Objekt und nicht (auch) als Zweck.[1] Überwachung kann aber auch legitimiert sein, etwa wenn die Bevölkerung einer umfänglichen Videoüberwachung zustimmt (wie in England) oder eine Straftat damit vereitelt werden kann. In modernen Demokratien sind Überwachungsmaßnahmen letzterer Art an strenge (verfahrens-)rechtliche Auflagen gebunden. Die moralisch prekäre Überwachung wird also mit den beiden zusammenhängenden Begriffen bzw. Begriffsfeldern *Kontrolle* und *Entmächtigung / Entmündigung* beschrieben. Andererseits können moderne Überwachungspraktiken auch so interpretiert werden, dass damit Einzelne oder Gruppen Kontrolle und Handlungsmöglichkeiten überhaupt erst erlangen. In dieser Weise können onlinebasierte *Social Networking Services* (SNS, bspw. *Facebook*) als antihierarchische und partizipative Überwachungsformen interpretiert werden (vgl. Albrechtslund 2008).

Der Begriff von Überwachung, dem ich mich hier anschließen will, legt der kanadische Überwachungsforscher David Lyon zu Grunde. Für ihn, den Mitbegründer der mittlerweile sehr ausdifferenzierten Disziplin Surveillance Studies (Überwachungsstudien), ist Überwachung "any collection and processing of personal data, whether identifiable or not, for the purposes of influencing or managing those whose data has been collected" (Lyon 2001: 2). Überwachung ist also das Sammeln und Verarbeiten von personalen Daten zum Zwecke der Beeinflussung oder Führung derjenigen, deren Daten gesammelt wurden (vgl. ebd.). Korrigieren würde ich die Begriffsbestimmung von Überwachung dahingehend, dass mit den gesammelten Daten *überhaupt* Personen beeinflusst werden, egal ob es ihre Daten sind oder die Daten anderer. Wegen der riesigen Datenmengen können Wahrscheinlichkeiten mittlerweile leicht übertragen werden. Aufgrund von Daten, die letztes Jahr von anderen Personen erhoben wurden, kann ich zum Beispiel das (Kauf-)Verhalten der Menschen heute beeinflussen.

Überwachung, so ein kleines Zwischenfazit, ist vielgestaltig, lässt sich nur schwer sortieren, weil es als Phänomen in vielen Schattierungen und Abstufungen vorliegt. Die Unterscheidung zwischen guter und schlechter Überwachung lässt sich nicht treffen an-

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

hand einer Analyse beabsichtigter Zwecke (bekanntlich können aus guten Absichten inhumane Zustände entstehen). Überwachung „an sich" ist aber ebenso wenig vollständig gut oder komplett schlecht; wir brauchen konkrete Absichten, Zwecke und Kontexte für ein Urteil. Wenn wir aber eine ethische Beurteilung von Überwachungspraktiken versuchen wollen und die Frage nach dem überwachten Menschen stellen, dann gibt uns das Stichwort Freiheit (Autonomie, Handlungsfreiheit) dafür immerhin eine Perspektive vor.

Digitalisierte Gesellschaft als Überwachungsgesellschaft

Das Überwachen von Menschen ist als Alltagspraxis so alt wie die Menschheit selbst. Das Internet hat die Überwachung also nicht erst erfunden. Das *systematische* und *organisierte* Überwachen von Menschen ist dagegen eine Erfindung der Moderne und eng mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IuKT) verbunden. Diese wiederum hängen zusammen mit bestimmten staatlichen und kommerziellen Absichten. Insgesamt kann man heute von *Überwachungsgesellschaften* sprechen, ein Terminus, der Mitte der 1980er Jahre aufkam (vgl. Lyon 2001; Lyon 2007). Zunächst waren umfassende staatliche Überwachungssysteme der Grund für dieses Label, etwa in Spanien zur Zeit Francos oder in einigen osteuropäischen Ländern. Mittlerweile überwachen auch privatwirtschaftliche Unternehmen wie Versicherungen, Lebensmittelhändler, Kreditkartenanbieter und vor allem Anbieter von Online-Plattformen – zum Teil mit dem Einverständnis der Überwachten oder sogar unter ihrer Mithilfe.

Zeitgleich entstehen neue Formen von IuKT, die Überwachung erheblich erleichtern. *Ubiqitous computing* (Rechnerallgegenwart) und *ambient intelligence* (Umgebungsintelligenz) bezeichnen die Durchdringung unserer direkten Umgebung mit Computern einschließlich ihrer verschiedensten, mit dem Internet verbundenen Sensoren. Neue IuKT verhalten sich dabei selten neutral. Beispielsweise spricht man von *persuasive technologies*, also von Technologien, die darauf abzielen, das Verhalten oder die Überzeugungen von Menschen zu verändern. Auch wenn nicht jeder Versuch der Überzeugung moralisch zu kritisieren ist, ergeben sich auch jenseits von *privacy*-Problemen mögliche Einschränkungen menschlicher Entscheidungsfreiheit und Autonomie (vgl. Nagenborg 2014). Das gleiche gilt für umgebungsintelligente Systeme (vgl. Brey 2005). Zudem werden die Sensoren immer mobiler und besser steuerbar. Internetverbundene Minidrohnen mit hochauflösenden Bild- und Tonsensoren werden in naher Zukunft so billig und so leicht zu steuern sein, dass man mal eben bei seinen Kindern auf dem Schulhof, bei seinem Partner/seiner Partnerin bei der Arbeit, bei seinen Großeltern im Garten oder seinen Nachbarn vorbeifliegen und via Handy-Bildschirm nach dem Rechten schauen kann.

Die Digitalisierung aller unserer Lebensbereiche macht umfassende Überwachung möglich. Für das Sammeln und Verarbeiten von persönlichen Daten waren bis vor kurzem große Anstrengungen nötig. Heute sind die Strukturen dafür breit etabliert. *Facebook* etwa speichert und wertet die persönliche Kommunikation und die Nachrichten- und Unterhaltungsrezeption von monatlich knapp 1,4 Milliarden Menschen[2] aus und verändert auf dieser Basis Sortierungsregeln für den Newsfeed. *Amazon* weiß, welche E-Books wie schnell gelesen werden, wo eine Pause ge-

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.